

Österreich startet massive Anti-Asylkampagne



☒ Österreich möchte nicht der Wartesaal für Angela Merkels „Gäste“ werden. Der kleine Nachbar Deutschlands versorgt zurzeit etwa 80.000 Invasoren bei nur 8,5 Millionen Einwohnern, das reicht, sagen viele und das ganz besonders angesichts der neuen beängstigenden Berichte des Heeresnachrichtendienstes (HNnA), dem österreichischen Auslandsnachrichtendienst. Demzufolge ist für 2016 mit einem Ansturm von 800.000 bis 1,5 Millionen Invasoren allein aus Afghanistan zu rechnen. Wörtlich soll es in dem brisanten Papier heißen: „Das Ausnahmejahr 2015 war erst der Anfang“. Und schon in einigen Wochen, wenn es wärmer wird, soll der Irrsinn seinen Lauf nehmen. Das österreichische Innenministerium startet daher jetzt eine Antiasylkampagne in den Herkunftsländern.

(Von L.S.Gabriel)

Im Internet, den sozialen Netzwerken, in Medien, auf Bussen und öffentlichen Plätzen soll u.a. die Botschaft „Österreichs Asylrecht nun noch strenger“ verbreitet werden und das nicht nur auf Deutsch. Damit diese Nachricht auch bei den rund 25.000 Afghanen ankommt, die im vergangenen Jahr in Österreich einen Asylantrag gestellt haben, wird die Kampagne auch in Dari erscheinen. Die österreichische ÖVP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (Foto) möchte damit auch den Schleppern das Wasser abgraben, die den Invasoren das Blaue vom Himmel versprechen. Sie formuliert das natürlich anders. Österreich

habe mittlerweile das strengste Asylrecht Europas. Es sei ein „Gebot der Fairness“, das die Afghanen wissen zu lassen, so die Ministerin.



Da viele Afghanen aber nicht lesen können werden auch Spots gedreht, in denen enttäuschte Asylforderer, die sich wieder auf den Heimweg machen von ihren schlechten Erfahrungen und nicht erfüllten Wünschen im Schlaraffenland Europa erzählen sollen.

Die Presse berichtet:

Bespielt werden auch Social Media-Kanäle in den Heimatsprachen. Für die afghanische BMI-Facebook-Seite gibt es jetzt schon über 32.000 „Gefällt mir“-Angaben. Dazu kommen Inserate in diversen Zeitungen, Online-Inserate sowie Großplakate in den fünf bevölkerungsreichsten Städten Afghanistans. Nur in der Hauptstadt Kabul werden Autobusse mit den unterschiedlichsten Slogans durch die Straßen kurven.

Das soll jene, die noch kommen wollen dazu bewegen, es sein zu lassen. Sie werden auch darauf hingewiesen, dass sie vom Familiennachzug de facto nur träumen können. In Balkenlettern wird nicht nur zu lesen sein: „Kein Asyl in Österreich“, sondern auch „Ohne Einkommen kein Familiennachzug“.



Die linke Wut und die dazugehörige Dummheit der Bessermenschen ließen natürlich nicht lange auf sich warten:



Marta Petrovic Ihr rassistischen, menschenverachtenden Widerlinge solltet euch mal schämen. An euren Händen klebt Blut....

Gefällt mir · Antworten · 12 · 15 Std. · Bearbeitet



Juri Lowlife Schutzsuchende Familien mit Tränengas beschießen, frieren und hungern lassen und dann von Fairness reden. IHR DEGENERIERTEN ARSCHLÖCHER!

Gefällt mir · Antworten · 7 · 15 Std.



Gerda Hillebrand @GerdaHillebrand · 17 Std.

@Migration_Oe schämen Sie sich, Frau Mikl-Leitner

5



Andre Stricker @strickerconsult · 17 Std.

@Migration_Oe naja mit solchen Sprüchen hatte schonmal ein Österreicher Erfolg. Danke fürs zerstören Europas..

4



Katrin Fallmann @KatrinFallmann · 16 Std.

@Migration_Oe Asyl beantragen ist kein Verbrechen, auf das mit Härte zu reagieren wäre. Es ist gar kein Verbrechen. Sondern ein Menschenrecht



marco schreuder @marcoschreuder · 18 Std.

@Migration_Oe werdet ihr von der FPÖ bezahlt?

6 51

Es gab aber auch positives Feedback für die Österreicher:



Paul Lickfedt @fuzzludwig · 8 Std.

@Migration_Oe

Gute Aktion,
Glückwunsch. Zur Nachahmung empfohlen, Frau Merkel.



Netik @Netik25 · 8 Std.

@Migration_Oe Bravo! Österreich machts vor. Ich wünschte, unsere Politiker hätten die nötige Intelligenz

Die Kosten für die Kampagne werden sich in Afghanistan naturgemäß in Grenzen halten. Die veranschlagten 10.000 Euro wird Österreich mit Freuden aus der Portokasse zahlen. Und Afghanistan soll erst der Anfang sein, die Maghreb-Staaten

sollen folgen.

Angela Merkel, großzügige Gastgeberin für das Elend der Welt, hatte Österreich für seine neue Gangart in der Asylfrage schon am Sonntag in der Sendung „Anne Will“ heftig kritisiert: „Das ist genau das, wovor ich Angst habe: Wenn der eine seine Grenze definiert, muss der andere leiden. Das ist nicht mein Europa, das macht alles nur noch schlimmer“, schob sie Österreich den Schwarzen Peter zu. Geradeso als wäre der nicht nur legitime, sondern rechtlich auch einzig korrekte Weg, die eigenen Grenzen zu schützen die Ursache für die Invasion. Das nennt man dann wohl Kausalitätsumkehr. Zu leiden hat ganz Europa unter ihrer grandiosen Selbstüberschätzung und Überheblichkeit. Aber für Selbstreflexion hat Merkel keine Zeit, sie ist zwanghaft damit beschäftigt durch den Austausch der deutschen Bevölkerung die ewige Kriegsschuld von Deutschland zu nehmen und hofft sich wohl damit ein Denkmal zu errichten.

Ob Johanna Mikl-Leitner mit dieser Kampagne Erfolg haben wird, wird sich weisen. In jedem Fall ist das ein besseres Signal, im Sinne der Bürger und der Souveränität des Staates als die Willkommens-Selfies und „Wir schaffen das“-Diktion der deutschen Kanzlerin.